

AUSGABE VOM 30. SEPTEMBER 2022

Ruhrfestspielhaus: Bund hilft bei Sanierung der Bühnentechnik

Gute Nachrichten für die Region: der Bund wird die Sanierung des Ruhrfestspielhauses mit gut 7,74 Millionen Euro bezuschussen. Den Beschluss fasste diese Woche der Haushaltsausschuss des Bundestages. Die veraltete Bühnentechnik im Ruhrfestspielhaus muss dringend erneuert werden, um den Betrieb im Theater aufrecht zu erhalten. „Ich freue mich sehr, dass die gemeinsamen Anstrengungen und das zähe Ringen hinter den Kulissen zum Erfolg geführt haben“, so CDU-MdB Michael Breilmann. Mit diesem Investitionsvorhaben beabsichtigt der Bund, seine nationale Verantwortung für die Kulturentwicklung wahrzunehmen. Berlin steuert damit 50 Prozent des Gesamtvolumens des Sanierungsvorhabens für die Stadt Recklinghausen bei.

Energiepreise: Neue Schulden, aber keine schlüssige Lösung

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat am Donnerstag zusammen mit Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) und Finanzminister Christian Lindner (FDP) einen „Wirtschaftlichen Abwehrschirm gegen die Folgen des russischen Angriffskrieges“ mit einem Volumen von bis zu 200 Milliarden Euro angekündigt. Hierzu soll der Wirtschaftsstabilisierungsfonds künftig für die Finanzierung einer Gas- und Strompreismbremse, die Finanzierung von Stützungsmaßnahmen für aufgrund des Ukraine-Krieges in Schwierigkeiten geratene Unternehmen sowie die Marktstabilität relevanten Gasimporteure reaktiviert werden. Daneben wurde die Aufhebung der höchst umstrittenen Gaspreislage angekündigt.



„Die Ampel präsentiert neue Schulden, aber leider keine schlüssige Lösung für die Energiepreise“: CDU-MdB Michael Breilmann sieht deutlichen Klärungsbedarf beim angekündigten Schutzschirm gegen den Energiepreisschock. (Foto: Privat)

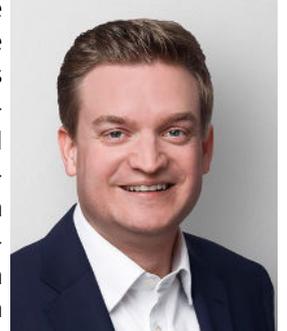
Die CDU/CSU-Fraktion hatte in den letzten Wochen nicht nur immer wieder die Aufhebung der Gaspreislage gefordert, sondern auch eine wirksame Entlastung der Bürger und Unternehmen angesichts hoher Energiekosten (u.a. Bürger-Basistarif beim Gas und Absenkung der Stromsteuer auf EU-Mindestsatz). Die Ampel hatte diese Forderungen bisher strikt abgelehnt und folgt diesen nun – zumindest in Teilen – schließlich doch. Allerdings wurde von der Regierung nur die Finanzierungsseite angekündigt. Wie die avisierten Maßnahmen hingegen konkret ausgestaltet werden und ab wann sie wirken sollen, bleibt völlig unklar.

Auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Breilmann sieht Klärungsbedarf.

Einerseits begrüße er, dass Entscheidungen anstünden. Andererseits habe man nun ein „Preisschild ohne Instrument“. MdB Breilmann: „Unser Druck hat gewirkt, die Ampel schafft ihre verkorkste Gaspreislage wieder ab. Drei Tage zuvor hatte uns dafür Minister Habeck noch im Parlament beschimpft. Trotzdem werden Bürger und Unternehmen auch in der Region Recklinghausen weiter im Unklaren gelassen, wie es mit den Strom- und Gaspreisen weitergeht. Wie und ab wann sollen Strom- und Gaspreismbremse wirken? Wie kommt die Regierung auf die Summe von 200 Milliarden Euro? Solange die Ausgestaltung unklar bleibt, ist keinem geholfen. Die Regierung präsentiert nur neue Schulden, aber keine schlüssige Lösung“, bilanziert der CDU-Politiker.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

diese Woche gab es, um die Rhetorik des Kanzler zu gebrauchen, viel Wumms. Intensive Diskussion im Innenausschuss zu den Lecks in den Pipelines Nord-



stream1 und 2. Alles zeigt, dass es sich um einen staatlichen Sabotageakt handelt. Die CIA hat im Sommer unsere Regierung vor Angriffen in Nord- und Ostsee gewarnt. Laut Regierung waren diese aber ungenau. Dasselbe sagten sie über den CIA-Bericht zum Angriff auf die Ukraine. Die Amis lagen zweimal richtig. Als die Regierung uns am Mittwoch mal wieder nur lapidare Allgemeinplätze statt Fakten liefern wollte, Unterbrechung der öffentlichen Sitzung auf unseren Antrag hin, dann in geheimer Runde weiter. Wir werden dazu eine Kleine Anfrage an die Regierung richten.

Nach Monaten des Gezerres innerhalb der Ampel um die Gasumlage scheint das von Minister Habeck angerichtete Chaos zumindest an dieser Stelle ein vorläufiges Ende zu nehmen. Millionen Gaskunden brauchen Klarheit, ob sie die Umlage nun zahlen müssen oder nicht. Nun wird es kalt – und die Ampel diskutiert sich weiter heiß. Ein 200 Milliarden Euro Schutzschirm soll es richten. Scholz gönnt sich einen medialen Doppelwumms - rechtzeitig vor der Niedersachsen-Wahl. Große Summe, großes Getöse, Details hingegen unklar. Das vierte Entlastungspaket kommt, bevor das dritte fertig ist. Seriös geht anders.

Ihr

Michael Breilmann

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Recklinghausen I



Wohneigentum: Ampel-Förderpläne weiter unklar

Wie fördert die Regierung Wohneigentum? Nach vielen Ankündigungen im Koalitionsvertrag blieb im Haushaltsentwurf 2023 des Bauministeriums hier eine Leerstelle. Und das, obwohl der Haushaltsausschuss die Regierung per Beschluss bereits am 19. Mai aufgefordert hatte, bis zum 30. September ein neues Förderkonzept zur Senkung der Hürden beim Erwerb von Wohneigentum mit den dort formulierten Zielvorgaben (eigenkapitalersetzende Darlehen, Tilgungszuschüsse und Zinsverbilligungen als langfristige Unterstützung für Schwellenhaushalte) vorzulegen. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Breilmann wollte es nach ausweichender Antwort im Bauausschuss nun genau wissen. „Die Bundesregierung beabsichtigt, dem Beschluss des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages nachzukommen. Der Bericht wird gegenwärtig in der Bundesregierung abgestimmt“. Diese offizielle Antwort erhielt er am Donnerstag von der Staatssekretärin im Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, Cansel Kiziltepe (SPD) auf seine schriftliche Anfrage. „Es herrscht also weiter Unklarheit, während Ministerin Geywitz in den Medien bereits dazu große Ankündigungen macht. Das schafft kein Vertrauen! Leider hat die Ampel bisher nichts davon angepackt“, so das Bauausschussmitglied. Die CDU/CSU-Fraktion hatte bereits Ende Mai ein [Konzept](#) zur Förderung von Wohneigentum vorgelegt. Der Antrag wurde von SPD, Grünen und FDP niedergestimmt.

Arbeitstreffen der CDU-AG Ruhrgebiet im Bundestag



Die AG Ruhrgebiet in der CDU/CSU-Fraktion kam am Donnerstag unter der Leitung von Matthias Hauer zu einem Arbeitstreffen zusammen. Auf der Tagesordnung stand u.a. die Vorbereitung von gemeinsamen Pressegesprächen sowie die Auswirkungen der Ampel-Pläne bei der Wahlrechtsreform. Sie geben der CDU Ruhr in Berlin eine Stimme (v.l.n.r.): Hubert Hüppe, Michael Breilmann, Matthias Hauer, Astrid Timmermann-Fechter. (Foto: Privat)

Ampel untergräbt Verhältnis von Staat und Kirchen

Im Windschatten eines Gesetzes zur Verwaltungsdigitalisierung hat die Ampel-Koalition am Donnerstag im Bundestag die Möglichkeit einer freiwilligen Eintragung der Religionszugehörigkeit aus dem Personenstandsrecht gestrichen. CDU-MdB Michael Breilmann: „Die Ampel-Koalition will die Religion immer weiter ins Private zurückdrängen. Im Personenstandsrecht hat sie nun eine bewusste Schlechterstellung von Religionsgemeinschaften herbeigeführt. Der Kritik von Union und Kirchen konnte sie lediglich das Argument einer diffusen Kostensparnis entgegen. Das ist ein Affront gegenüber großen Bevölkerungsgruppen, die bisher umfangreich vom freiwilligen Religionseintrag im Geburtenregister, im Eheregister oder im Sterberegister Gebrauch gemacht haben. Für viele Bürger ist ein solcher Eintrag nicht nur ein Bekenntnis im Rahmen ihrer positiven Religionsfreiheit, sondern auch ein Ausdruck ihrer Identität. In diesem Zusammenhang erstaunt es mich, dass ausgerechnet eine Koalition, die in Geschlechterfragen für eine identitätspolitische Selbsterklärungsfreiheit in Registern wirbt, nun die Religion als Merkmal personaler Identität aus den Personenstandsregistern streicht. Damit untergräbt die Ampel-Koalition das bestehende und bewährte Verhältnis von Staat und Kirchen.“

Ampel lehnt Stärkung des richterlichen Ehrenamts ab

Der Bundestag hat am Donnerstag einen Antrag der CDU/CSU-Fraktion zur Stärkung des Schöffenamtes beraten und abgelehnt. Kritik dafür kommt auch vom CDU-Bundestagsabgeordneten Michael Breilmann: „Es ist bitter für die zigtausend ehrenamtlichen Richterinnen und Richter, dass die Ampel-Koalition anlässlich der anstehenden Schöffenvahlen weder eine eigene Initiative zur Stärkung des Schöffenamtes vorlegt, noch unseren Verbesserungsvorschlägen zustimmt. Viele Menschen engagieren sich in Deutschland als Schöffinnen und Schöffen für die Strafrechtspflege. Daher benötigen die Rahmenbedingungen, die seit nahezu 50 Jahren unverändert bestehen, dringend eine Frischzellenkur. Insbesondere bei der Verpflichtung der Arbeitgeber, ehrenamtliche Richter von der Arbeit freizustellen, haben sich in der Umsetzung Defizite ergeben. Und wir benötigen eine schnelle Klarstellung, dass sich auch alle ehrenamtlichen Richterinnen und Richter zu unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes zu bekennen haben, gab es doch leider immer wieder Versuche, das Schöffenamts mit extremistischen Bewerbern zu unterwandern!“

Impressum:

Ausgabe Nr. 15 der 20. Wahlperiode

30. September 2022

Herausgeber:

Bundestagsbüro M. Breilmann

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-72555

Email:

michael.breilmann@bundestag.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:

M. Breilmann MdB/H. Häßler/

R. Hoffmann/J. Ehm